

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Postbestellungen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck zu verschieben oder einzustellen. Änderungen sind nur durch schriftliche Anträge zu bewerkstelligen.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Zeile 20 Pf., die 6-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 12-spaltige Reklameweile im täglichen Teil 1 RM. Nachweilungsgebühr 20 Reichsmark. Sonstige Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit festgesetzt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Rückgabe der Anzeigen durch den Besteller ist Sorge zu nehmen. Jeder Abbesteller ist verpflichtet, wenn der Verlag durch einen eingezogenen Anzeigenpreis über dem, mit keine Garantie. Jeder Abbesteller ist verpflichtet, wenn der Verlag durch einen eingezogenen Anzeigenpreis über dem, mit keine Garantie.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 274 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresdner Postfach: Dresden 2641 Freitag, den 24. November 1933

Zeitwende.

Situation und Bedeutung des Kanzler-Interviews.

Reichweite und Auswirkungen des Interviews, das Reichskanzler Hitler dem Vertreter der Pariser Wirtschaftszeitung „L'Information“, de Brinon, jetzt gegeben hat, werden sich erst in den kommenden Wochen und Monaten in ihrem ganzen Umfang herausstellen. Um das Gewicht dieses Gespräches annähernd ermessen zu können, muß man sich die außenpolitische Lage klar machen, wie sie sich in den letzten 48 Stunden ergeben hat.

Die große Politik, die seit Jahren in Europa auf dem Fied zu treiben schien, hat sich seit dem 15. Oktober, dem Tage des deutschen Auszuges aus Genf, in einem Tempo zu bewegen begonnen, das fast an die Siebenweilenstiefel des Märchens erinnern will. Und das gilt besonders von der letzten Woche und erst recht von den beiden letzten Tagen. Der von Frankreich und England in Genf gemachte Versuch, die seligen Tage endloser Verhandlungen in der berichtigten Genfer „Atmosphäre“ noch einmal heraufzubeschwören und das so oft böswillig getäuschte Deutschland ohne jede Zusicherung ehrlicherer Methoden ein letztesmal an die stimmungsvollen Gestirne des Schweizer Sees zu locken, sind endgültig gescheitert. Der englische Außenminister nahm das Schaugepränge der Londoner Parlamentseröffnung zum Vorwand, um weiteren Zudringlichkeiten des französischen Kollegen Paul-Boncour zu entkommen. Dieser selbst sah sich in dem weitläufigen „Völkerbund“ fast so vereint wie sein eigenes Land in der europäischen Politik und fuhr ebenfalls nach Hause.

Kaum in Paris angekommen, versicherte er den ihm erwartenden Journalisten: „Aber die Stellungen des 14. Oktober sind gehalten.“ Der französische Herr Außenminister hat sich erst vor wenigen Wochen von seiner Presse Unwahrhaftigkeit und Täuschungsversuch vorhalten lassen müssen, als er trotz englischer und amerikanischer Dementis wiederholt behauptete, es bestünde eine französisch-englisch-amerikanische „Einheitsfront“ in der Abrüstungsfrage gegenüber Deutschland. Die oben zitierte Behauptung Paul-Boncour ist genau so unklar: die englische Regierung hat ihren eigenen Außenminister veranlaßt, in aller Form zu betonen, daß er seine Erklärung vom 14. Oktober über die erneute Vergrößerung der Gleichberechtigung und die Verfallung des Macdonald-Planes nicht mehr aufrechterhalten könne und England sich an diese Erklärung nicht mehr gebunden fühle — eine mehr als deutliche Abgabe an die Berechtigung der Pariser Gewaltpolitik.

Aber damit noch nicht genug. Vor einem Jahre noch hätten die Machthaber des Genfer Rächetrastes den „eigenmächtigen“ Austritt einer Großmacht für genau so unzulässig gehalten wie die direkte Forderung nach Gleichberechtigung durch Deutschland — seit dem 15. Oktober haben sie daran glauben müssen. Auch damit noch nicht genug! Heute, nur fünf Wochen danach, kann man in führenden Blättern der ausländischen Presse noch ganz andere Dinge lesen: kein geringerer als die Londoner „Times“, das halbamtliche Londoner Regierungsblatt, fordert klipp und klar eine — Reform des Völkerbundes! Und noch deutlicher wird die gleichfalls der englischen Regierung nahestehende „Morningpost“: „Die Revisionsfrage ist jetzt in den Vordergrund getreten. England schwankt noch. Frankreich allein leistet noch der Revision Widerstand. Eine neue Offensive gegen Versailles hat tatsächlich schon begonnen. Dazu ist eine Reform des Völkerbundes unbedingt notwendig.“ Ähnliches kann man auch in der führenden italienischen Presse lesen.

Mit anderen Worten: der Gedanke der Notwendigkeit der Vertragsrevision hat nun auch außerhalb Deutschlands die feste Form der direkten Forderung angenommen! Erschließt die schon häßlich zu nennende Entwicklung dieser Tage nicht als ein neuer durchschlagender Beweis gegen die wie ein Alp auf Europa liegende Verschiebung- und Friedensverhinderungspolitik des sogenannten Völkerbundes? Kannst er durch Deutschland in seiner ganzen Sinnlosigkeit entlarvt und aus der europäischen Politik praktisch ausgeschaltet, da kommt der Karren stott ins Rollen.

In diese Situation hinein trat das Kanzler-Interview, dessen schwerwiegende Bedeutung von der gesamten Weltpresse ausführlich behandelt wird. Mit Recht. Man muß wissen, daß de Brinon, dem der Führer die Unterredung gewährte, nicht irgendein beliebiger Korrespondent ist, sondern in Paris eine halbamtliche Stellung hat, wie es der Londoner „Daily Telegraph“ nennt; und man muß weiter wissen, daß de Brinon bei der Londoner Weltwirtschaftskonferenz dem engeren Stabe des damaligen französischen Ministerpräsidenten Daladier selbst zugezählt war. Diese Unterredung dürfte mithin — auch von französischer Seite aus gesehen — ein ganz anderes Gewicht haben als ein gewöhnliches Presseinterview.

Aber den Inhalt ist kein Wort mehr zu sagen, der Kanzler hat klar genug gesprochen. Wieder hat er die Hand über den Rhein ausgestreckt. Kein Wunder, wenn man in Londoner Blättern überschrieben

Die französische Regierung gestürzt.

Paris, 23. November. In der Abend Sitzung der französischen Kammer führte der sozialistische Abgeordnete Bedouce noch einmal den sozialistischen Gegenvorschlag zum Art. 66 an, der geeignet sei, das Haushaltsgleichgewicht wiederherzustellen. Die sozialistische Fraktion werde auf alle Fälle gegen den Vorkauf der Regierung und des Finanzsausschusses stimmen, weil die Regierung moralisch verpflichtet sei, die Politik der Mehrheit vom Mai 1932 zu verfolgen. Andernfalls müsse sie sich eine neue Mehrheit suchen. Der rechtsgerichtete Abgeordnete Marin unterstrich die Notwendigkeit einer allgemeinen Verwaltungsreform, die aber nur in voller Übereinstimmung mit den Beamten und den Kunden des Staates durchgeführt werden könne. Der Generalberichterstatter forderte die Kammer auf, sowohl den Antrag Marins als auch den der Sozialisten abzulehnen.

Ministerpräsident Sarraut erklärte anschließend, daß die Regierung im Einvernehmen mit dem Finanzsausschuss beide Gegenvorschläge ablehne und dagegen die Vertrauensfrage stelle. Er habe nicht die Absicht, sich durch irgendwelche Manöver eine Mehrheit zu sichern, sondern er wolle vielmehr auch ohne solche Hilfsmittel die wahren Republikaner um sich scharen. Sarraut richtete sodann harte Worte an die Adresse der Sozialisten. Er, Sarraut, habe nur die Politik der Radikalsozialisten zu vertreten. Er verschlechte sich aber deshalb keinen Verbesserungen, von welcher Seite sie auch eingebracht würden. Als er sich weigerte, auf verschiedene von ihm als belanglos bezeichnete Fragen zu antworten, rief man ihm von der äußersten Linken zu: „Diktator“. Auf die Anfrage der Radikalsozialisten und eines Linkerepublikaners hinsichtlich der Biersteuervermehrung erwiderte er, daß eine derartig wichtige Angelegenheit von internationaler Tragweite eine Sonderausprache erfordere. Sarraut vermied es aber, in der einen oder anderen Form die Regierung in dieser Frage festzulegen.

Mit 321 gegen 247 Stimmen.

Paris, die Regierung Sarraut ist im Zusammenhange mit den Haushaltsberatungen über den Artikel 66 (Kürzung der Beamtengehälter) mit 321 gegen 247 Stimmen in die Minderheit gedrängt worden und damit gestürzt. Wie verlautet, hatte der Abgeordnete Geunin einen Zusatzantrag eingebracht, wonach die Gehälter über 10 000 Franken in der Kürzung der Beamtengehälter ausgenommen werden sollen. Der Regierungsentwurf sah eine solche Ausnahme erst von 12 000 Franken an vor.

Entrüstungsturm gegen die französische Hege.

Berlin, 24. Nov. Der „Völkische Beobachter“ erklärt unter der Überschrift „Ein Angriff auf den Frieden“ u. a.: Das Ziel der insamen Hege des „Petit Parisien“ gegen das nationalsozialistische Deutschland ist, das Ausland zu kriegerischen Auseinandersetzungen gegen das Dritte Reich aufzubehgen. Hinter diesen journalistischen Fälschern stehen in Wahrheit die Interessenvertreter der Rüstungsindustrie, deren Geschäft blüht, wenn Europas Boden wiederum von dem Blut von Millionen Menschen getränkt wird. Frieden bedeutet für diese Kreaturen schlechtes Geschäft, Paiffe und Verluste. Deshalb begeh sie zum Krieg, deshalb vergiften sie die Atmosphäre mit gefälschten „Dokumenten“.

Die „Kreuz-Zeitung“ sagt: Von der Seite eines durchschnittlichen gesunden Menschenverstandes kommt man in

lieft wie die: „Hitler spricht zu Frankreich. Ein Interview von außerordentlicher Bedeutung.“ Oder der italienische „Corriere della Sera“ schreibt: „Mit solchem Freimuth kann nur ein mit Vollmachten ausgestatteter und seiner historischen Verantwortung bewusster Führer sprechen.“ Das Blatt deutet mit dieser sehr richtigen Kennzeichnung schon die noch unübersehbare Reichweite dieser bedeutungsvollen Unterredung an.

Es gibt auch jetzt noch Unbelehrbare bzw. Böswillige an der Seine und an der Themse, die dem offenen unstaatsmännlich weitgreifenden Wort Adolfs Hitlers an die Adresse Frankreichs nichts anderes entgegenzubringen haben als die neue Anweisung seiner Ehrlichkeit. Mögen sie! Sie sind schon heute in einer verschwindenden Minderzahl und die Zeit wird über diese bezahlten Friedensförderer genau so hinweggehen wie über die heute erlebigen Belämpfer der Tribünerevision und über die schon unterliegenden Gegner der Versailles Revision überhaupt. Der Kanzler hat in einem welthistorischen Augenblick in das Rad der europäischen Geschichte gegriffen. Die Bewegung ist nicht mehr aufzuhalten. P.N.R.

dieser Sache nicht weiter. Es gehört schon eine für anständige Menschen unvorstellbare Portion von Charakterlosigkeit und Verantwortungslosigkeit dazu, den naive Lesern eines Volkes, des im Grunde ebenso friedliebend und verständigungswillig ist wie das deutsche, gerade in diesem Augenblick unserer ernstlichen Bemühungen um einen unmittelbaren Ausgleich von Volk zu Volk eine solche Lügenbinde vor die Augen zu legen.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ schreibt, der Herausgeber des „Petit Parisien“ hat zu der gemeinsten und verwerflichsten Art des politischen Kampfes gegriffen, um Verunsicherung und Wahrheit zu töten: Zur Brunnenvergiftung. Das Blatt geht dann auf die berusmäßige Hege des unter dem Namen Jugur meist in englischer Sprache schreibenden russischen Juden Pogosoff ein und sagt, wer wie der „Petit Parisien“ die Hege dieses russischen Juden bei sich abladen ließ, kann auch nicht den milderen Umstand gutgläubiger Dummheit für sich beanspruchen.

Die „Deutsche Zeitung“ stellt dem französischen Frontsoldaten das Zeugnis aus, daß er im allgemeinen keine Ritterlichkeit zu wahren verstand. In den Frontsoldaten richtet deshalb das Blatt die Frage, ob er es noch länger ertragen kann, daß die Völker erneut durch die Schuld eines feigen Lumpen, der sicherlich nie selbst im Kriege gewesen ist, in neue Wirren gestürzt werden soll.

Die „Germania“ schreibt, das französische Volk wird nur durch dunkle Elemente aufgebeht, die auch vor den niederträchtigsten Mitteln nicht zurückschrecken und die zu Dokumentenfälschungen ihre Lustsucht nehmen. Der „Petit Parisien“ feht, während die Welt aufbercht, was Hitler gegenüber Frankreich sagt, seine verbrecherische Sabotage der Befriedung fort. Warum legt man den bezahlten Kriegsbeherrn nicht das Handwerk?

Der „Kölnische Anzeiger“ sagt, der Scherl-Verlag hat sich zur Aussetzung von 50 000 Reichsmark für die Klärung dieser politischen Hege entschlossen, weil die politischen Brunnenvergifter gegenüber den Bemühungen des Führers um einen wirklichen Frieden eine außerordentliche Gefahr darstellen. Für den Kenner kann es keinen Zweifel geben, daß der „Petit Parisien“ von einer bestimmten Stelle in Frankreich zu dieser Veröffentlichung veranlaßt worden ist, um alle Bemühungen für einen wahren Frieden zu zerstören.

Das „Berliner Tageblatt“ fordert von dem „Petit Parisien“, daß er die Dokumente einer öffentlichen Prüfung unterwirft. Die deutsche Regierung hat diese Prüfung nicht zu scheuen.

Unter der Überschrift „Völkerbehebung“ schreibt die „Völkische Zeitung“: Das französische Volk müsse sich selbst gegen diese Methode wenden. Zwischen Deutschland und Frankreich möge es viele Differenzen geben, aber in einem werden alle Wohlgesinnten beider Länder einig sein: In der Abwehr gegen diejenigen, die die beiden Völker auseinander zu behen versuchen.

50 000 Mark für die Aufklärung der Hege des „Petit Parisien“.

Eine Preisauslobung des Scherl-Verlags.

Der „Petit Parisien“ hat am 16. November einen der übelsten verleumdnerischen Angriffe gegen Deutschland gerichtet, die je in der Zeitungswelt vorgekommen sind. Das Blatt hat angebliche vertrauliche Instruktionen für deutsche diplomatische Stellen im Ausland veröffentlicht, in denen rundweg das Gegenteil von dem angeordnet worden sein soll, was den wirklichen Inhalt der deutschen Außenpolitik im Zeichen der Erklärungen des Führers Adolfs Hitler ausmacht. Der Scherl-Verlag hat sich angefaßt dieser Hege und der dringenden Notwendigkeit der Aufklärung dieser politischen Brunnenvergiftung vor der ganzen Welt entschlossen, durch den „Berliner Kölnischen Anzeiger“ folgende öffentliche Aufforderung bekanntzugeben:

„Der Scherl-Verlag setzt die Summe von 50 000 M. für diejenigen aus, der den einwandfreien Nachweis bringt, daß die von dem „Petit Parisien“ veröffentlichten angeblichen Instruktionen über die deutschen außenpolitischen Ziele, die angeblich an alle Auslandsvertretungen von einer Berliner Propagandaabteilung gegangen sein sollen, wirklich in der veröffentlichten Form und mit dem veröffentlichten Inhalt von einer verantwortlichen Stelle des Deutschen Reiches herausgegeben worden sind.“

Der Nachweis muß durch Vorlage des Originaldokuments und des dazugehörigen Materials erfolgen. Die Nachprüfung des angeblichen Dokuments, des Materials und der Angaben von angeblichen Quellen soll durch eine neutrale Kommission erfolgen, deren Entscheidung rechtsverbindlich ist.